

Krafsauer Zeitung.

Nr. 17.

Montag den 22. Jänner

1866.

Die „Krafsauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafsau 3 fl., mit Verrechnung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Anstalt für die vierstellige Petitzeile 5 Kr., im Anzeigblatt für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Rudwiger. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenfein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien, und Herr Herzog in Lemberg.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 28. December v. J. dem Statthalteramt in Lemberg Johann Schiffer aus Anlass des von ihm angestrebten Uebertritts in den bleibenden Ruhestand die Allerhöchste Zusage der Pension mit seiner vieljährigen treuen und erprobten Dienstleistung allergnädigst auszusprechen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. Jänner d. J. dem Architekten Johann Romano und dem Architekten August Schwenkenwein in Anerkennung ihres Vortrages allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. Jänner d. J. dem k. k. Hofrath Carl Edler v. Radern in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaates mit dem Prädicate „von Bormin“ allergnädigst zu erheben geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 22. Jänner.

Die Mittheilung, daß die Westmächte zur Lösung der Schleswig-holsteinischen Frage drängen, erhält sich trotz allen Dementis, im Gegentheil tritt sie immer bestimmter auf. „Daily News“ deutet die Möglichkeit neuer Conferenzen über die Herzogthümer an; England werde die Vortheilung davon kaum verweigern können. Ein Wiener sonst wohl unterrichteter Correspondent eines Prager Blattes hält ebenfalls die Ansicht aufrecht, daß die Westmächte sich rühren, um in der Schleswig-holsteinischen Frage ein Wort mitzureden und zunächst wenigstens auf deren Erledigung hinzuwirken. In größeren Kreisen wisse man nicht genau, was vorgeht, schreibt derselbe, aber daß etwas vorgeht, darüber kann kein Zweifel bestehen. Ob schon irgendwelche Eröffnungen, welche über ganz allgemeine Andeutungen im vertraulichen Verkehr hinausgehen, speciell in Wien gemacht worden, ist nicht ganz klar; aber im Großen und Ganzen dürfte man sich hier schon überzeugt haben, daß eine eventuelle Action der Westmächte kein Ziel verfolgt, welches die österreichische Politik kreuzen könnte und im Uebrigen ist man, mit dem Vertrage von Gastein in der Hand, in der glücklichen Lage, die Entwicklung der Dinge ruhig abwarten zu können. Graf Karolyi ist, als er auf seinen Posten nach Berlin zurückkehrte, gegen alle preussischen Anträge mit dem Zauberswort Gastein aufgestellt worden; auf diesem Boden wird Preußen Oesterreich aufsuchen müssen, und wenn es vielleicht bald geschieht, so wird es unter Bedingungen sein, welche mit seinem vorjährigen Februar-Programm sehr wenig mehr gemein haben.

Nach den „Schleswigischen Nachrichten“ hat das Haus Augustenburg beschlossen, daß, im Fall die Erbfolge durch Hilfe des Auslandes gesichert sei, der Erbprinz auf den Thron zu Gunsten seines mit einer englischen Prinzessin verlobten Bruders verzichte. Die „Kieler Zeitung“ dementirt die Meldung der „Hamb. Nachr.“, Samwer werde auf der Rückreise von London Paris passieren.

Bekanntlich ist die Schleswig-holsteinische Interimsflagge von fast allen Mächten dießseits und jenseits des Oceans anerkannt worden. Nichts desto weniger ist diese Anerkennung zur Stunde noch eine gegenstandslos. Die Schleswig-holsteinischen Behörden konnten nämlich bis jetzt von der Interimsflagge keinen Gebrauch machen, da, wenn sie auch durch die Presse von der Anerkennung derelben erfahren haben sollten, diese doch bis jetzt noch nicht amtlich bekannt gegeben wurde, und die Folge hiervon ist, daß die Schleswig-holsteinischen Reden in fremden Ländern in der That nicht wissen, an welchen Consul sie sich wenden sollen. Oesterreich ist nun der von Preußen herbeigeführten Verzögerung überdrüssig geworden, und hat sich, wie aus Kiel mitgetheilt wird, zu ernstlichen Vorstellungen veranlaßt gesehen. Die bezüglichen Verhandlungen werden soeben zwischen Kiel und Flensburg von Seiten der beiden Gouverneure geführt. General Gablenz hat dem Herrn von Manteuffel eröffnet, daß diesem Zwistzustande ein Ende gemacht werden müsse, und der preussischen Regierung die Alternative gestellt, entweder der Einführung der Schleswig-holsteinischen Interimsflagge zuzustimmen, oder sich auch in Betreff dieser Frage streng an den Gasteiner Vertrag zu halten und die Trennung einzuhalten zu lassen, so daß für Schleswig die preussische Flagge die österreichische Flagge zu gelten hätte. Natürlich kreuzt dieser Vorschlag — der neuerdings beweist, wie unrichtig man seinerzeit mit der Verunglimpfung des Gasteiner Vertrages war — die preussischen Pläne, nach welchen die Schleswig-holsteinischen Schiffe überhaupt unter preussischer Flagge segeln sollen. Der Antwort des Herrn von Manteuffel wird noch entgegengesetzt.

Am Bundestage soll, wie wir in der „K. Z.“ lesen, eine Coalition einer Anzahl Mittelstaaten gegen Württemberg und dessen neuen Bundestagsgesandten Herrn v. Linden sich gezeigt haben. Die scharf angustenburgisch ausgeprägten Regierungen sollen sich bemüht haben, die Wahl des Herrn v. Linden in die Ausschüsse, namentlich in den holsteinischen, zu verhindern. Nichts desto weniger ist der württembergische Gesandte in alle Ausschüsse, mit Ausnahme des handelspolitischen, auf welchen letzteren er verzichtete, gewählt worden.

Wie Pariser officiële Berichte im „Moniteur“ melden, befand sich Prim am 18. in Clerena, am 19. in Fregenal, beide kleine Ortschaften zwischen Andalusien und Portugal gelegen. Nach Berichten aus Madrid vom 19. d. haben die Insurgenten die Nacht in Bienvenda zugebracht; man glaubte, sie werden im Lauf des Tages nach Portugal überzutreten. Einige Studenten haben in Valencia die Ruhe zu stören versucht. Der Versuch hatte keine Folge. Der Commandant der Provinz Saragosa hat sein Hauptquartier nach Reus verlegt und eine fliegende Colonne von 800 Mann gegen die Banden organisiert, welche in der Gegend aufgetaucht sind. Nachrichten aus Madrid vom 18. melden, daß daselbst Ruhe herrsche, aber Gerüchte über eine Erhebung in den Provinzen verbreitet seien. Die „Correspondencia“ versichert, diese Gerüchte seien nicht ernstlich zu nehmen. Man glaubt, die Regierung, indem sie ihre humanen Gesinnungen als schlecht verstanden betrachtet, werde die Bahn strenger Maßnahmen betreten. Der Senat hat beinahe einstimmig dem Berichte der Commission gemäß die Ermächtigung erteilt, den General Prim wegen des Verbrechens des Aufbruchs vor ein Kriegsgericht zu stellen.

Der „Temps“ bringt Nachrichten von seinem Madrider Correspondenten. Demnach hatte Prim keineswegs seinen Aufstands-Versuch so leichtfertig unternommen, wie man jetzt glauben könnte; nur hatte er eine Sache vernachlässigt, und dadurch scheint sein ganzes Mißgeschick gekommen zu sein. Er hatte nämlich, als er das Regiment zu Aranjuez zur Revolte verführte, alle Telegraphen-Linien der Regierung zerstören lassen, aber vergessen, daß die Eisenbahn ebenfalls einen Telegraphen besitze, und dieser hatte sofort nach Madrid gemeldet, was vorgegangen sei. Marshall O'Donnell, der wußte, daß der Garnison von Alcala wenig Vertrauen zu schenken war, ließ dieselbe sofort nach Madrid aufbrechen, und als Prim vor dieser Stadt ankam, war die Garnison, auf welche er vollständig zählen konnte, abgezogen. Dieses verhinderte Prim, vorwärts zu marschieren, und er suchte nun den Tajo zu gewinnen. O'Donnell gelang es, die Armee durch Hin- und Hermärsche in der Unsicherheit zu erhalten, und die Bevölkerung blieb ruhig, weil sie befürchtete, von den Soldaten niedergeworfen zu werden.

Die Königin Marie Christine von Spanien soll an Gispert einen Brief gerichtet haben, in welchem sie ihn ermahnt, sich Isabella zur Verfügung zu stellen, um „Thron und Freiheit“ zu retten.

Ueber die Beziehungen zwischen Oesterreich und Frankreich und zwischen dem letzteren und Italien wird der „Köln. Ztg.“ aus Wien geschrieben: Die Combination zu Grunde gelegte Voraussetzung, daß Kaiser Napoleon sich von Oesterreich abzuwenden und die italienischen Ansprüche wieder lebhafter zu unterstützen im Begriffe stehe, ist nach den besten hier eingetroffenen Privatnachrichten aus Paris vollkommen unbegründet. Vielmehr ist die mehrfach hervor gehobene neuerliche Annäherung zwischen Paris und Wien, wie aus deutlichen Symptomen hervorgeht, eher im Wachsen begriffen, und wenn auch zu einer eigentlichen Allianz zur Zeit kein Anlaß vorliegt, so wird doch auch in hiesigen officiellen Kreisen bestätigt, daß die Beziehungen nicht nur zwischen beiden Regierungen, sondern auch zwischen den Höfen der freundschaftlichen Natur sind und eine Erhaltung gerade jetzt von keiner Seite zu erwarten stehe. Zudem ist Kaiser Napoleon mit der Haltung der italienischen Kammer sehr unzufrieden und dringt in das Florentiner Cabinet, es möge conservativere Regierungsprincipien zur Geltung bringen, und namentlich in der auswärtigen Politik sich von der durchaus notwendigen conservativen Richtung nicht abwendig machen und zu einem bloßen Werkzeug der Actionspartei herabwürdigen lassen. Die Regierung müsse dafür sorgen, daß die Petition der demokratischen Vereine, welche die Befürwortung des sofortigen Krieges gegen Oesterreich vom Parlamente verlangte, in dem letzten mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen und den ungestümen Elementen im Lande Mäßigung und Ruhe auferlegt werde. Man will wissen, daß dem Könige

Victor Emanuel von Paris aus folgender Plan in Vorschlag gebracht sei. Die Kammer müsse unverzüglich und mit Ausschluß aller anderen Fragen das Budget votiren und dann sogleich nach Hause geschickt werden. Hierauf habe sich die italienische Regierung vermöge weitgehender Concessionen direct mit Rom zu verständigen, und diese Verständigung dann dem Lande und der wieder einberufenen Kammer gegenüber als unantastbares fait accompli hinzustellen. Auch für den möglichen, ja wahrcheinlichen Fall, daß schon der erste Schritt, die Votirung des Budgets, durch den Widerstand der starken Linken auf Hindernisse stieße, sollen in dem Plane Auskunfts Mittel angedeutet sein. Wenn diese Mittel begründet sind, so kann wohl von einer gegen Oesterreich gerichteten neuerlichen Hinneigung des Kaisers Napoleon zu Italien nicht die Rede sein.

Pariser Briefe aus Rom vom 17. d. M. versichern, daß in Folge der Unterredung zwischen dem Papste und dem Baron Meyendorff die Beziehungen zwischen Rom und Rußland unterbrochen sind.

In Bezug auf das Geldarrangement mit Florenz ist man, wie der „N. Pr. Z.“ geschrieben wird, in Rom von dem Anspruch, daß Frankreich die Zahlung der Schuldquote durch Italien garantire, zurückgekommen; ein endgültiges Ergebnis ist noch nicht erzielt worden, doch darf man annehmen, daß die Sache in Ordnung gebracht werden wird, ohne irgend eine Veränderung in den politischen Beziehungen zwischen Rom und Florenz. Die Summe der von Italien zu übernehmenden Zinsen der römischen Staatsschuld ist auf 24 Mill. Frs. festgelegt.

Die nach Meldung auswärtiger Journale in Florenz verbreiteten Gerüchte über Unterhandlungen, welche unter Vetheiligung Oesterreichs zum Zwecke von Gebietsveränderungen in den diesseitigen italienischen Besitzungen stattfinden sollten, werden von der „General-Comm.“ als ganz unbegründet bezeichnet. Wir sind vollkommen der Ansicht der off. Lithographie, daß hiezulande schwerlich Jemand geneigt sein dürfte, diesen Gerüchten Glauben zu schenken.

Anlässlich der aus der „Vossischen Zeitung.“ in mehrere Blätter übergangenen Nachricht, daß der Cardinal Antonelli von den ihm angebotenen 2000 französischen Soldaten nur 1000 annehme, weil bereits Spanien und Oesterreich je 1500 Mann dem heiligen Stuhle zugesagt hätten — erklärt die „G. C.“, daß wenigstens von Seite Oesterreichs eine solche Zusage nicht erfolgt, ja daß von Seite der päpstlichen Regierung niemals ein Ansinnen wegen Bestimmung eines Hilfscorps an die österreichische Regierung gerichtet worden.

Mit Beziehung auf die mit dem „Neuen Fremdenblatt“ vom 17. d. M. gebrachte Nachricht, daß die serbische Regierung in Wien einen Lieferungs-Vertrag auf 30.000 Gewehre abgeschlossen, der Fürst Montenegro hier 7000 Cartouchen bestellt habe und auch für die rumänische Regierung große Lieferungen von verschiedenem Kriegsmaterial effectuirt worden seien — ist die „G. C.“ in der Lage zu erklären, daß die vorstehenden Waffenlieferungscontracte nicht mit der österreichischen Regierung abgeschlossen und die Anläufe nicht aus ärarischen Vorräthen bewerkstelligt worden sind. Durch die vor kurzem erfolgte Aufhebung des Ausfuhrverbotes von Waffen ist deren Ankauf von Seite jeder fremden Regierung ermöglicht und gestattet und es dürften auch derartige Anläufe wahrscheinlich häufiger hier erfolgen, da der Ankauf wegen des wohlfeilen Transportes nach den Donau-Fürstenthümern und in den Orient überhaupt, in Oesterreich billiger zu stehen kommt, als wenn die Lieferungen in Frankreich oder Belgien contractirt würden.

Wie aus Constantinopel berichtet wird, hat die Pforte die Entsendung einer besonderen Mission nach Rumelien beschlossen, um die dort sich unter der slavischen Bevölkerung fundgebende Gährung zu beschwichtigen.

Das „Memorial diplom.“ leugnet preceptorisch, daß Frankreich das mexicanische Unternehmen vorzeitig verlassen würde. Das Washingtoner Cabinet dränge nicht auf eilige Entschliessungen. Es verlautet, daß Baron Sallard als Ueberbringer eines eigenhändigen Schreibens des Kaisers Napoleon an den Kaiser Maximilian nach Mexico abreisen werde.

Die neuesten Depeschen aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika melden, daß sich in den Gefinnungen des Generals Grant, der bisher zu den größten Gegnern des Kaiserthums Mexico gehörte, ein vollständiger Wechsel vollzogen habe. Grant näherte sich jetzt immer mehr und mehr der friedlichen Politik des Präsidenten Johnson und es ist auch ferner von seiner Seite keine Opposition zu befürchten. Die dem

Kaiserthum Mexico feindlich gegenüberstehende Partei im Congreß zu Washington hat dieser Tage durch den Tod des Congreßmitgliedes Winter Davis ihren Führer verloren. Der Verstorbenen übte durch seine Beredsamkeit einen unstreitbar großen Einfluß auf seine politischen Freunde aus.

Die „Patrie“ meldet, daß der Tod des spanischen Admirals Pareja, der das spanische Geschwader vor Chili befehligte, jetzt officiell gemeldet worden ist. Auf die Nachricht hin, daß die chilienische Corvette „Esmeralda“ sich des spanischen Schooners „Cavdonga“ bemächtigt habe, gerieth er in eine Verzweiflung, die die Officiere seines Generalstabes vergebens zu beschwichtigen suchten. Er glaubte sich entehrt und verloren und gab sich deshalb an Bord der Dampf-Fregatte „Vile de Madrid“ den Tod.

Die Frage, wer diejenigen legalen Vertreter der Königreiche und Länder seien, die mit ihrer gleichgewichtigen Stimme über den Ausgleich mit Ungarn zu hören — eine Frage, welche nicht identisch ist mit der, wer im Uebrigen unter jenen legalen Vertretern zu verstehen — ist nicht so dringlich, daß die Regierung sie schon jetzt in allen Details gelöst haben sollte; denn noch ist es voraussichtlich noch weit hin, bis Ungarn mit der Schlussredaction seiner Vorschläge hervorgetreten vermag; aber im Allgemeinen, schreibt die „Glocke“, dürften doch schon zwei Punkte festgelegt sein. Erstens, daß nicht die getrennten 17 Landtage dießseits der Leitha, und zweitens, daß nicht die vollzählig zu einer einzigen Körperschaft vereinigte Landtage es sein werden, an welche die Regierung sich wendet. Das Erste nicht, weil der babylonische Thurmbau eher fertig sein würde, als ein Neubau Oesterreichs mit dem bunten Material der unvermittelten Wohlmeinung einer so langen Reihe ganz dispartirter und von einander unabhängiger Corporationen, das zweite nicht, weil die Maschine viel zu groß und schwerfällig ausfiel, als daß sich mit ihr arbeiten ließe. Es bleibt mithin nur ein Drittes, ein Zusammenfassen der Landtage zu einer einzigen einheitlichen Körperschaft, aber in der Art, daß dieselbe nicht einfach als die Summe der Mitglieder der Landtage sich darstelle, sondern mit dem einer beschränkten Zahl von Landtagsmitgliedern erteilten Mandate dieser Landtage ausgerüstet die ihr gestellte Aufgabe erledige. Aber über diese Cardinalpunkte, welche durch die Natur der Verhältnisse fast mit absoluter Nothwendigkeit gegeben sind, hinaus, ist schwerlich irgend etwas festzustellen, es sei denn, daß die gedachte, eventuell zu berufende Körperschaft in keinem Falle der engere Reichsrath des Februarpatents sein wird, und wäre es auch nur deshalb nicht, weil sich mit Sicherheit voraussehen ließe, daß ihn die Czechen und die Polen nicht beschicken würden, und daß mithin auch der Neubau des Staates mit einer Fiction beginnen müßte.

Landtagsverhandlungen.

Zu dem Bericht über die Sitzung des galizischen Landtages vom 19. d. ist noch Folgendes nachzutragen. Starowiejski referirt Namens der Landesfondskommission über die Vorlage des Landesauschusses, betreffend die Uebernahme des Grundentlastungsfonds und beantragt in Uebereinstimmung mit dem Landesauschusse mit der Uebernahme inne zu halten, bis die Angelegenheit wegen der Dotation aus dem Staatsfunds geordnet ist, und der Regierung den Wunsch wegen der von derselben zu machenden Vorlagen und Bestimmung von Landesfondsvertretern bei den betreffenden Commissionen auszudrücken. Hierüber lebhaft Generaldebatte. Der Regierungs-Commissär rath von dem eingeschlagenen Wege ab und empfiehlt die Stellung bestimmter Anträge. Ueber die Anfrage Wezyts ob die Regierung die bisherige Subvention von dritthalb Millionen jährlich als fixe Dotation anerkenne, erklärt der Regierungs-Commissär, keine bestimmte Antwort erteilen zu können. Nach einigen Schlussworten des Referenten erfolgt der Schluss der Generaldebatte und Sitzung.

In Bezug auf die im galizischen Landtage jetzt an der Tagesordnung stehende Frage, ob die Gütegebiete aus der Gemeinde ausgeschlossen werden sollen oder nicht, erklärt das Organ der Ruthenen, das „Stowo“ sich für die Ausscheidung der Großgrundbesitzer aus den ländlichen Gemeinden. Der Großgrundbesitzer in Ostgalizien liege in den Händen von Adligen, diese sind in Sprache und Nationalität polonisiert und besteht zwischen ihnen und dem ruthenischen Bauer seit Jahrhunderten eine gegenseitige Spannung, welche Umstände alle dafür sprächen, daß die Einbeziehung des Großgrundbesitzes in die bauer-

lichen Communen in Ostgalizien mehr Schaden als Nutzen bringen müßte. Wenn die Polen das Gegentheil in dieser Frage anstreben, so beabsichtigen sie damit nichts anderes, als den ruthenischen Bauer unter die Hegemonie des polnischen Sclachtes (Adeligen) zu stellen. — Es ist eine von den Ruthenen beharrlich festgehaltene Meinung, von welcher sie schwer abzubringen sein werden.

Telegraphische Landtagsberichte.

Lemberg, 20. Jänner. Kurplowicz interpellirt den Landmarschall in der Nothstandsangelegenheit. Derselbe erwidert, daß bis jetzt 12.000 fl. zur Verteilung angewiesen und die Anlehnungsverhandlungen im Zuge seien. Starowicki beantragt Namens der Landesordnungscommission die Vertagung der Debatte wegen Uebernahme des Grundentlastungsfonds, weil wegen der vom Regierungskommissär erhaltenen Aufklärungen eine neuerliche Commissionsberatung nöthig. Der Antrag wird angenommen. Um 2 Uhr wurde die Sitzung in eine geheime umgewandelt.

Czernowitz, 20. Jänner. Der Antrag Kovats auf Bewilligung zum Tabakbau für den Bezirk Stanestie wird dem Nothstandsausschusse, Pompe's Antrag wegen Durchführung der confessionellen Gleichberechtigung einem besonderen Ausschusse zugewiesen. Der auf der Tagesordnung stehende Bericht des Nothstandsausschusses wird auf Dienstag vertagt.

Troppau, 20. Jänner. (Landtagsitzung.) Der Entwurf der Bauordnung wird dem durch zwei Mitglieder verstärkten Ausschusse zur Revision der Polizeiordnung übergeben.

Pest, 20. Jänner. (Deputirtenversammlung.) Csiky aus Erlau wurde verifizirt. Florian Barga und Sigmund Popovich, beide in Araber Bezirken gewählt, wurden dem über die Araber Collectivpetition gestellten Beschlusse gemäß verifizirt. Die Wahl des Ladislaus Sebestyen aus Galantha ist dem Commissionsantrage gemäß zu annulliren. Hierauf folgt die Verlesung der Acten.

Graz, 20. Jänner. Der Landesausschuß wird beauftragt, in der nächsten Session vollständig ausgearbeitete Unterrichtspläne für die Reform der Grazer landwirtschaftlichen Oberrealschule vorzulegen, ferner Anträge zu erstatten, an welchen Orten Schulen aus Landesmitteln, welche Arten von Schulen, nach welchen Lehrplänen, und mit welchem Kostenaufwande Schulen zu errichten seien. Abg. Globocik stellt den Antrag, das Ansuchen an die Regierung betreffend die Ermöglichung der Bildung von Hauptgemeinden im Wege des Landesgesetzes auf Grund der mit Activirung des neuen Gemeindegesetzes gemachten Erfahrungen zu erneuern. Die Gemeinde Stainz überreicht dem Landtag eine Adresse für dessen Haltung. Hierauf Bericht des Petitionsausschusses. Nächste Sitzung Dienstag.

Klagenfurt, 19. Jänner. Die von Tschabuschnigg vorgetragene Adresse wegen der Rudolfs-Bahn wird ohne Debatte en bloc angenommen und noch in der Sitzung unterschrieben.

Klagenfurt, 20. Jänner. Der Landtag beschäftigte sich mit dem Straßenconcurrentengesetze; die Verhandlung darüber wird auch in der Dinstagsitzung fortgesetzt.

Kaisbach, 20. Jänner. Der Statthalter überreicht eine Regierungsvorlage betreffend die Erlassung eines Wasserrechtsgesetzes und beantwortet eine am 9. d. Mts. von mehreren slovenischen Abgeordneten eingebrachte Interpellation wegen Dispensirung mehrerer Gymnasialschüler von der Erlernung der slovenischen Sprache dahin, daß der von der Landesregierung bei der Befreiung eingehaltene Vorgang ganz der Vorschrift des Unterrichtsministerialerlasses vom 22. Juli 1860 entsprechend gewesen sei. Zur Generaldebatte gelangt der Auschubantrag über die Territorialeintheilung Krains. Derselbe bezieht die Nichteinführung der neuen politischen Behörden bis zur Reorganisation der unteren Gerichts- und Finanzbehörden, dann, daß im Falle der Reorganisation Krain in 24 Bezirke mit einer Durchschnittsbevölkerung von je 20.000 Seelen einzutheilen, die Justiz von der Verwaltung zu trennen und jedem Bezirksgerichts-Sprengel auch die Vornahme aller strafgerichtlichen Untersuchungen, so wie dem Bezirksamte das Steueramt zuzuweisen wären. Derselbe enthält ferner die Eventualität einer früheren Einführung der Bezirkshauptmannschaften am Schlusse einen Eintheilungsentwurf. Costa, Svetec und Bleiwitz bekämpfen denselben. Supan beantragt Uebergang zur Tagesordnung, was abgelehnt wird. Der Statthalter entwickelt hierauf den Standpunkt der Regierung dahin, daß es sich nicht um die Vereinbarung eines Landesgesetzes über die künftige politische Organisation, sondern lediglich um die Begutachtung der territorialen Eintheilung mit Wahrung des von der Regierung intentionirten Grundgesetzes handle, daß auch in den unteren Instanzen die Rechtspflege von der Verwaltung getrennt werde. Specialdebatte Montag.

Agram, 20. Jänner. Vicepräsident Subaj gibt bekannt, der Ban sei verhindert, heute das Präsidium zu führen, und übernimmt auf einstimmigen Wunsch des Hauses den Vorsitz. Eine Repräsentation des Barasidiner Comitats an den Landtag, daß die Landtagsauslagen nicht aus der Landes-, sondern aus der Staatscasse gedeckt werden sollen, wird dem betreffenden Comité zur Erledigung überwiesen. — Abg. Schulrath Dr. Racky erklärt in einem längeren Exposé den von ihm verfaßten Adresseentwurf. — Dr. Stojanovic, Advocat aus Esseg, vertheidigt sein Adresseprogramm; Cardinal Haulik giebt seine Ansichten über die Adresseangelegenheiten bekannt; Baron Hellenbach eröffnet, daß auch er eine Adresse verfaßt habe. — In der nächsten Sitzung: Fortsetzung der Adresse-debatte.

Triest, 20. Jänner. In der gestrigen Landtags-

Sitzung wurde einstimmig beschlossen, an Se. Majestät die Bitte um Wiederherstellung der Militärbefreiung für Triest und dessen Gebiet zu richten.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 20. Jänner.

Se. Majestät der Kaiser haben zur Verringerung des durch Mißernte und Elementarschäden herbeigeführten Nothstandes in den Bezirken Sittich, Seisenberg w. in Unter-Krain einen Beitrag von zweitausend Gulden dem Statthalter in Krain allergnädigst zustellen zu lassen geruht.

Zur Kaiserreise nach Pest vernimmt der Pester Correspondent der „G. E.“ aus guter Quelle, daß sich die vom „Pesti Hírnök“ mitgetheilte Nachricht bestätige, derzufolge Ihre Majestäten einer neuen Bestimmung gemäß erst am 29. d. in Pest einreisen werden. Der zu Ehren Ihrer Majestäten beschlossene Bürgerball wird in den ersten Tagen des Februar stattfinden, und ist für diese Gelegenheit eine prächtig geschmückte Loge bestellt worden, die sich im Saal dem Orchester vis-à-vis auf einer mit Purpursamt belegten Estrade befinden wird.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin geruhten den Betrag von 300 fl. an das Comité des Balles der industriellen Gesellschaften zu Gunsten des Gründungsfonds eines Hospitals für „deutsche Arme“ in Paris allergnädigst überlassen zu lassen.

Wie der Pester „Klopp“ meldet, haben Se. Majestät mit Allerhöchster Entschliebung vom 22. December v. J. gestattet, daß die von den Comitaten im Jahre 1861 als Domesticalksteuer eingehobenen Beträge von der laufenden l. f. Steuer in Abschlag gebracht werden.

Prinz Peter von Oldenburg ist vorgestern Abends hier angekommen und hat gestern die Reise nach Pellersburg wieder fortgesetzt.

Der Staatsminister hat in Genehmigung der Anträge, welche wegen Verwendung des im Finanzgesetze des Jahres 1865 für Künstler bewilligten Betrages von 25.000 fl. von der hiezu berufenen Staatsministerial-Commission gestellt wurden, eine Anzahl von Pensionsbeträgen in Anerkennung künstlerischer Leistungen verliehen, ferner nachbenannten Künstlern Stipendien, beziehungsweise Beiträge zur Ausübung von Kunstwerken bewilligt: 1. Stipendium: 1. dem Tonkünstler Heinrich Giby aus Wien, 2. dem Tonkünstler Wilhelm Fahrbach aus Wien, 3. dem Bildhauer Alois Gapp aus Telfs in Tirol, 4. dem Dichter Vinzenz Hakel aus Prag, 5. dem Tonkünstler Moriz Kähmeyer aus Wien, 6. dem Historienmaler Franz Krispin aus Prag, dem Maler Alexander Kotschisch aus Podgorze, 8. dem Dichter Otto Freiherrn v. Lüttgendorf-Leuburg aus Preßburg, 9. dem Historienmaler Ludwig Mayer aus Wien, 10. dem Dichter Ludwig Ritter von Mertens aus Wien, 11. dem Tonkünstler S. P. Pazdirek aus Drahanowitz, 12. dem Tonkünstler Ludwig Ricci aus Triest, 13. dem Dichter Ferdinand v. Saar aus Wien, 14. dem Bildhauer Anton Schmidgruber aus Wien und 16. dem Landschaftsmaler Josef Willroder aus Villach. II. Beiträge zur Ausübung von Kunstwerken: 1. dem Kupferstecher Eugen Doby aus Pest, 2. dem Kupferstecher Paul Gleditsch aus Wien, 3. dem Historienmaler Carl Koz aus Pest, 4. dem Historienmaler Peter Weirner aus Horic, 5. dem Historienmaler Anton Paoletti aus Venedig, 6. dem Historienmaler Michael Rieger aus Tirol, 7. dem Historienmaler Friedrich Staudinger aus Wien, 8. dem Historienmaler Moriz Ehan aus Pest und 9. dem Bildhauer Otto Ritter v. Trombelli aus Verona.

Der außerordentliche Botschafter in Rom, Freih. v. Hüner, ist, wie die „Wiener Ztg.“ meldet, am 17. d. M. in feierlicher Weise von dem Papst empfangen worden.

An Stelle des nach Wien berufenen Ritters v. Braun ist der Vegetationsrath Franz Freih. v. Reyer zum k. k. Geschäftsträger in Frankfurt ernannt worden.

Die Generalversammlung des Schriftstellervereines „Concordia“ findet am 28. d. statt. Sie dürfte ein wenig heiß werden, und zwar eines Voralles wegen, der nicht ganz in der Ordnung war. Wir haben gesehen, daß mehrere Herren Namens der „Concordia“ bei dem Balle des ungarischen Vereines „Concordia“ anwesend waren. Nun heißt es in den Statuten der „Concordia“, daß der Vorstand des Vereines nach außen hin vertritt, nicht aber, daß es ihm zusteht, sich wieder vertreten zu lassen. Ueberdies hatte die Verbrüderung in Pest das Fatale, daß der vom Vorstande abgeordnete Vertreter der Wiener „Concordia“ zufällig der Hr. Eigenthümer desjenigen Blattes war, das in Pest eine Filiale hat. Der Hr. Eigenthümer wurde in Pest von einem Mitarbeiter des Filialblattes begrüßt. Man kann darüber verschiedenelei Späße. Es wurde eine Interpellation in Circulation gesetzt, welche bei der Generalversammlung eingebracht worden und den Vorstand um genaue Aufklärung des Sachverhaltes angehen soll. Sie ist unterzeichnet von Michael Grienne, dem Herausgeber der „Neuen freien Presse“, von Walter Koppe, Dr. Granitsch, Friedrich Uhl, Dr. Balch und anderen. Hr. Schulzka, der ehemalige Vorstand des Vereines hat sich jüngst in seiner Verpflichtungen gegen den Verein entledigt und hat in einem Schreiben an den Cassier Dr. Klun seinen Austritt angezeigt. Die Abgeordneten der Pester „Concordia“, welche zum Balle der Wiener „Concordia“ hier eintreffen werden, sollen bewirthet werden. Für den Ball werden aller Orten die größten Vorbereitungen getroffen.

Die Angelegenheit der Steuerfreiheit des Ascher Bezirks in Böhmen ist aus dem Reichsrath her genügend bekannt und wurde bekanntlich im Reichsrath dahin entschieden, daß das Ascher Gebiet bis zum 3. 1873 von der halben Steuer noch befreit bleiben solle. Die Ascher Bürgerkassat hat nun in einer Versammlung am 8. d. eine Petition an den a. h. Thron beschloffen, in welcher sie bittet, daß für alle Bewohner des Ascher Gebietes die ganze Steuer bis

zur gänzlichen Tilgung der Grundentlastungssumme nachgesehen werde.

Der Bischof von Neutra, Dr. Roskovany hat, wie der „Volksfreund“ meldet, für die Erhaltung des katholischen Gymnasiums in Neutra die Summe von 40.000 fl. gespendet und eine weitere Summe von 50.000 fl. beim Domcapitel mit Vorbehalt der näheren Bestimmung zum Besten des Diöcesanklens deponirt.

Pester Telegramme der Debatte vom 19. Jänner melden: Gestern Abends hat ein Theil der Rechten in einer Conferenz bei dem Grafen Apponyi verhandelt und beschloffen, in echt parlamentarischer Weise kein Geheimniß aus derselben zu machen. Die Rechte soll organisiert werden, weil ein Vertretungskörper ohne dieselbe abnorm sei. Als Princip der Rechten wurde aufgestellt, alles das zu bekämpfen, was den Ausgleich verzögert oder gefährdet und Alles zu thun, was denselben zu fördern und zu beschleunigen im Stande ist. Besonders wurde hervorgehoben, daß die Rechte nicht diplomatisiren, sondern ihren Gedanken bei jeder Gelegenheit sofort und entschieden auszusprechen sollte, damit jede Frage sogleich allseitige volle Beleuchtung erhalte. Die diesbezüglichen Beratungen werden fortgesetzt werden. — Bei Gorové und Deák fanden Nachmittags Conferenzen bezüglich der Parteiorganisirung statt, die um 9 Uhr Abends noch nicht beendet waren. — Der Stadtmagistrat beschloß heute, zur Feier der Anwesenheit Ihrer Kaiserin den Grundstein zum Elisabethinum-Armenhause zu legen.

Die „Debatte“ schreibt aus Anlaß dieser Telegramme: Der ungarische Reichstag tritt auf die Schwelle der Action, jener ersten und ethischgemeinten Action, welche sich die befriedigende Lösung der schwebenden Fragen zum Ziele gesetzt hat. Der erste Schritt ist gethan; die unerlässliche Vorbedingung jeder erfolgreichen Discussion ist erfüllt; die verschiedenen politischen Schattirungen gruppirten sich harmonisch um ihre natürlichen Mittelpunkte. Es hieß die Bedeutung der Beratungen, welche bei Apponyi, Deák und Gorové stattgefunden, verkennen, wollte man aus der prononcirten Stellung, welche die einzelnen Gruppen zur Auffassung und Behandlung der zu erörternden Fragen nimmend einnehmen werden, auf die Scheidung des ungarischen Abgeordnetenhauses in einander scharf gegenüberstehende Parteien schließen. Noch fehlen auch uns ausführlichere Berichte über die Vorgänge, welche der Telegraph signalisirte. Doch das Wenige, was uns gemeldet wurde, genügt, um in uns die Voraussetzung zu kräftigen, daß die überwiegende Majorität in der Hauptsache: in der Ueberzeugung einig ist, daß die definitive Lösung mit aller Entschiedenheit angestrebt werden muß, daß die Bahn in der That frei, das Ziel erreichbar ist. Es handelt sich fortan nicht mehr um Vertagung; die Nothwendigkeit des festen Zusammenhaltens, der einmüthigen Abwehr besteht somit nicht länger; die Stunde der That hat geschlagen, und jedem fällt die Aufgabe zu, sie in seiner Weise zu fördern. Die Rechte hat sich constituirt. Ihr Programm bürgt dafür, daß sie sich um den Dank Ungarns, um den Dank der Gesamtmonarchie verdient machen wird. Ihr Entschluß: nicht zu diplomatisiren, sondern ihren Gedanken bei jeder Gelegenheit sofort und entschieden auszusprechen, dieser Entschluß verleiht den Reichstagsverhandlungen einen reichen Gang. Er wird aber auch ein geistlicher sein; in den großen Rechts- und Principienfragen ist die Reichstagsmajorität eines Sinnes, und die Rechte zählt zu ihr. Die Aufgabe dieser wird sich darauf beschränken, in Angelegenheiten der Opportunität, der Wahl der Mittel und Wege hier anregend, dort mäßigend zu wirken, und ihre Thätigkeit verheißt uns so erfolgreicher zu sein, als ihre patriotische Gesinnung, ihr strenges Rechtsgelühl und ihr staatsmännischer Blick ihre Achtung und Anerkennung in den weitesten Kreisen erworben und ein Band inniger Sympathie zwischen ihr und Jenen gewoben, die als unzweifelnde Verfechter der öffentlichen Meinung in Ungarn gelten.

„Magyar Vilag“ warnt davor, die Einsetzung eines Ministerium zu urgiren, ehe die Frage der gemeinsamen Angelegenheit erledigt ist.

Der Denkstein auf Lincoln's Grab wurde, wie der „Pr. Ztg.“ aus Komotau geschrieben wird, in dem sächsischen Gränzstädtchen Böhlitz im Erzgebirge gefunden und hergestellt. Es ist ein großer Serpentinwürfel, der bloß den Namen „Lincoln“ enthält. Der Serpentin kommt in jenem Theile des Erzgebirges in großen Massen und in allen Farben vor. Der Stein ist beim Bruche so weich, daß er sich mit der Säge leicht verschneiden läßt, dann aber an der Luft nach und nach sehr hart wird. Der Grabstein wurde kürzlich nach Washington expedirt.

Ferdinand v. Sv., Gutsbesitzer zu Belci in Croatien und k. k. Hauptmann in Pension, ein allgemein geachteter Mann, wurde am 16. d. Abends halb 6 Uhr in der Nähe seines Gutes durch einen Hinterschuß muthwillig ermordet. Den Anlaß zu dieser schändlichen That scheint die ihm aufgetragene Durchführung der Ablösung des Bergrechts gegeben zu haben, da ihm schon im verfloffenen Herbst die Drohung eines gegen ihn von Seite der Bergheiden beabsichtigten Attentats zugegangen war.

Deutschland.

Nach Berichten aus Kassel, 20. Jänner, ist Friedrich Detter wegen Theilnahme am Nationalverein zu dreiwöchentlicher Festungshaft und 20 Thaler Geldstrafe verurtheilt worden.

Aus München wird der „Berl. Börsen-Ztg.“ geschrieben: Am dem Gerede von Wagner's im März zu erwartender Rückkehr nach München ist allerdings nichts Wahres; dagegen glaube ich auf ein mehrmaliges Beisammensein des Königs mit dem seinem Herzen so nahe stehenden Künstler vorbereiten zu sollen. Die Aerzte haben wiederholt ausgesprochen, daß es wünschenswerth sei, den König bis zum Abschluß seiner leiblichen Entwicklung unter einem milderen Him-

melstreich seinen Aufenthalt nehmen zu lassen. Jetzt ist mehr als je hiervon die Rede, und ich glaube, daß schon mit dem Beginn des Frühlings der König nach der Schweiz oder Italien geht und daß alsdann Richard Wagner den Aufenthalt mit dem Könige theilen wird.

Die Genesung Ihrer k. Hoheit der Frau Herzogin Sophie schreitet nach Berichten aus München vom 19. d. in erfreulicher Weise fort und werden nun keine Bulletin mehr ausgegeben.

Nach Berliner Berichten vom 19. d. hat die Fortschrittspartei beschloffen, die Anträge auf Vorberatung des Budgets im Hause zu unterstützen.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. d. verlas Präsident Grabow ein Schreiben des Abg. Jacoby, wonach derselbe in Haft und am Erscheinen behindert sei. Der Präsident hält denselben ausreichend entschuldigt. Abg. Birchow beantragt: Die in der Eröffnungsrede abgegebene Erklärung der Regierung über die Vereinigung Lauenburgs mit der Krone Preußens widerspricht den deutlichen Bestimmungen der Verfassung. Das Abgeordnetenhaus erklärt jede Vereinigung Lauenburgs mit der Krone Preußens für so lange rechtsungültig, als die Zustimmung des Landtages nicht erfolgt ist. Der zahlreich unterstützte Antrag wird einer besonderen aus 14 Mitgliedern bestehenden Commission zugewiesen. — Becher aus Dortmund beantragt, den Vertrag mit der Köln-Mindener Bahn nach seiner Verfassungsmäßigkeit zu prüfen. Der zahlreich unterstützte Antrag wird einer Commission überwiesen. Birchow beantragt die Aufhebung des Strafverfahrens gegen Jorese, Hoyerbeck und Lünig. Referent ist Ahmann. Der Finanzminister überreicht den Etat. Ueber die geschäftliche Behandlung desselben besteht eine längere Discussion. Grabow beantragt die Ueberweisung des Etats an die Budgetcommission. Zwesten beantragt Beschlußfassung einer geschäftlichen Behandlung bis zur Drucklegung, zieht später diesen Vorschlagsantrag zurück und beantragt Vorberatung im Hause; die bisherige Geschäftsbehandlung sei bei den veränderten Verhältnissen und einer budgetlosen Regierung nicht empfehlenswerth; er erinnert an die amtliche Publicirung der Verwaltungsnorm, den Vertrag mit der Köln-Mindener-Bahn und die Einverleibung Lauenburgs. Die Verfassung sei freilich nicht sistirt, jedoch außer Wirksamkeit. Wir müssen daher erklären, ob und wie der Etat von uns beraten werden kann. Dazu sei die Vorberatung am besten genügend. Waldeck, Schwerin und Gneist sind für Ueberweisung an die Commission, Löwe und Forderbeck für Vorberatung. Zwesten's Antrag wird abgelehnt, Ostraths Antrag auf Etatsüberweisung an die Budgetcommission angenommen. Die Minister legen die in der Thronrede aufgeführten Vorträge vor. Prinz Biren von Curland geht im Auftrage des Königs von Preußen nach Brüssel, um den König der Belgier zu seiner Thronbesteigung zu beglückwünschen.

Der „Posener Zeitung“ entnehmen wir folgende Nachricht: Der im letzten Polenproceß wegen Hochverraths verurtheilte Landwehr-Vorsteher Landwehr-Lieutenant Zorawski ist jetzt vom militärischen Grenzgericht wegen grober und wiederholter Ausschreitungen gegen seine Standespflichten vom Officierscorps ausgeschlossen worden. Das Urtheil ist Allerhöchsten Orts bestätigt.

Frankreich.

Paris, 17. Jänner. Die Arbeiten am Ausstellungsgebäude sind bereits so weit gediehen, daß man annehmen darf, daß dasselbe noch vor den contractlich ausbedungenen Terminen vollendet sein werde. Am 15. Jänner 1866 waren bereits 80.000 Cubikmeter Bauschutt aufgetragen und 100.000 Cubikmeter Erde auf dem Marsfelde selbst ausgegraben. Ferner ist die Hälfte des für die Fundamente, die Abzugs- und unterirdischen Ventilationscanäle erforderlichen Mauerwerkes, 16.000 Cubikmeter, schon vollendet und man wird Ende Februar mit der Aufstellung der äußeren Bögen, welche das Gerippe des gewaltigen Baues bilden, beginnen. — Wegen eines Artikels über eine der bekanntesten Damen der Demi-Monde, Cora Pearl, den vor einigen Tagen die kleine Presse brachte, kam es gestern in Saint Germain zu einem Duell zwischen dem jungen Prinzen Achille Murat und dem Schreiber dieses Artikels, Herrn Rochefort. Dem Prinzen wurde bei der Gelegenheit nur der Hemdärmel zerissen. — Carache Jaquelein, den man bekanntlich todgeschlagen, soll beinahe wieder hergestellt sein. Man glaubt jedoch nicht, daß er der Wiedereröffnung der Kammern wider anwohnen können.

Der „Moniteur“ berichtet über eine Expedition welche der Gouverneur der Senegal-Colonie mit dem besten Erfolge gegen den Marbut Maba ausgeführt hat. Dieser Maba hatte sich zum Herrn mehrerer Uferstrecken am Gambiakusse, namentlich des Rip, aufgeworfen und den König von Salum aus dessen Staaten vertrieben. Später trat er als Prophet auf, der zur Befreiung aller guten Muselmänner von Gott gesandt sei. Am 29. Nov. stießen die Expeditions-Truppen bei dem Dorfe Nganakh auf die Streitmacht des Marabuts. Letztere wurden nach hartnäckigem Widerstande geschlagen und bis jenseit des Niore verfolgt. Der Feind erlitt beträchtliche Verluste und ließ mehr als 1000 Gefangene in den Händen der Franzosen zurück. Der Gouverneur der Colonie, Oberst Duet-Laprade, erhielt bei dieser Gelegenheit eine Kugel in die Schulter; sein Zustand ist jedoch keineswegs bedenklich. Dagegen sind ein Hauptmann des 4. Marine-Infanterie-Regiments, ein Oberst-Lieutenant und mehrere Soldaten gefallen, und gegen 60 Mann verwundet worden. Die Colonie ist am 6. December wieder in Koalakh eingetroffen, nachdem sie im Rip die Hauptdörfer, welche an den Feindseligkeiten Theil genommen, zerstört hatte.

Nr. 29707. Kundmachung. (74. 1-3)
Zur Sicherstellung der Deckungs-Erfordernisse für die ganze 1. das 1. und 4. Viertel der 2. und das 1. 2. 3./4 der 3. Meile der Karpaten - Hauptstraße, dann das 2. 3. 4./4 der 4. Meile der Saybusch-ungarischen Straße und für die 3., 4. und 5. Meile der Krafauer Verbindungsstraße für die fünf auf einander folgenden Jahre 1866, 1867, 1868, 1869 und 1870 wird am Montag den 6. Februar 1866 Vormittags 10 Uhr in h. o. Bau-Departement eine öffentliche Offert-Verhandlung abgehalten werden.
Unternehmungslustige können alle hierauf bezüglichen weiteren Bedingungen entweder im h. o. Bau-Departement oder aber bei den beiden Straßenbau-Bezirksämtern Saybusch und Podgorze einsehen.
Von der k. k. Statthalterei-Commission.
Krafsau, am 8. Jänner 1866.

3. 29707. Kundmachung. (75. 1-3)
Zur Sicherstellung mehrerer Bauzweigs-Erfordernisse für die beiden Straßenbau-Bezirks Podgorze und Saybusch wird Montag den 6. Februar l. J. Vormittags 11 Uhr im h. o. Bau-Departement eine öffentliche Offert-Verhandlung abgehalten werden, die näheren Bedingungen können daselbst eingesehen werden.
Von der k. k. Statthalterei-Commission.
Krafsau, am 8. Jänner 1866.

3. 587. Edict. (56. 3)
Vom k. k. Landes- als Handelsgerichte wird über die von Hrn. Carl Rzaça, protocollirten Handelsmann in Krafsau gemachte Anzeige von der Einstellung seiner Zahlungen über das sämtliche bewegliche, und über das in jenen Kronländern, für welche das Gesetz vom 17. Dezember 1862 Nr. 97M. G. Bl. Wirksamkeit hat, befindliche unbewegliche Vermögen desselben das Ausgleichsverfahren eingeleitet, zur Beschlagnahme und Inventur des Vermögens, dann zur Leistung des Ausgleichsverfahrens der k. k. Notar Hr. Muczkowski als Gerichts-Commissar ernannt mit dem Befehl, daß der Zeitpunkt zur Anmeldung der Forderungen und die Vorladung zur Ausgleichsverhandlung selbst durch denselben insbesondere werde kundgemacht werden, daß es jedoch jedem Gläubiger freistehe, seine Forderung mit der Rechtswirkung des § 15 des obigen Gesetzes sogleich anzumelden.
Krafsau, am 11. Jänner 1866.

Edykt.
C. k. Sad krajowy jako Sad handlowy w Krakowie na doniesienie przez p. Karola Rzaça, protokółowanego kupca w Krakowie o wstrzymanie wypłaty zarządza względem całego ruchomego i nieruchomego w kra-jaeh koronnych, dla których ustawa z dnia 17 grudnia 1862 nr. 97 dz. p. p. obowiązuje, a znajdujacego się majątku postępowanie ugodne, mianuje zarazem c. k. notaryusza p. Muczkowskiego komisarzem sądo-wym do uskuteczenia zajęcia, sporządzenia inwentarza majątku, tudzież do przeprowadzenia postępowania ugo-dnego z tą uwaga, że tenże komisarz sądowy termin do zgłoszenia się wierzycieli i wezwanie do układu ugo-dnego oddzielnie ogłosi, że jednak każdemu wierzy-cielowi wolno jest z pretensjami swymi ze skutkiem § 15 powołanej ustawy zgłosić się bezzwłocznie.
Kraków, 11 stycznia 1866.

3. 69223. Kundmachung. (66. 2)
Das hohe Staatsministerium hat mit Erlaß vom 10. December 1865, §. 24. 193, die mit dem Beginne des Studienjahres 1865/6 in Erledigung gekommene Geldsubvention von 200 fl. ö. W. aus dem öfters-lichen Landesfonde für Civilschüler am Wiener Thier-Arzt-Institute dem im 1. Jahrgange des thierärztlichen Studiums am demselben inscribirten Emil Gry-niewicz aus Hoszan, Samborer Kreises, verliehen.
Von der k. k. Statthalterei.
Lemberg, am 31. December 1865.

Obwieszczenie.
Wysokie Ministerstwo stanu nadało dekretem z 10 grudnia 1865 l. 24195 opróżnioną z początkiem roku szkolnego 1865/6 subwencję pieniężną w kwocie 200 złr. w. a. ze wschodnio-galicyskiego funduszu krajowego dla cywilnych uczniów instytutu weterynar-skiego Emiliana Hryniewieckiego z Hoszan w obwodzie samborskim, zapisanemu na 1 rok studiów weterynarskich w tym instytucie.
Z c. k. Namiestnictwa.
Lwów, dnia 31 grudnia 1865.

3. 1202. Kundmachung. (41. 3)
Der Magistrat als auch der Stadtrath durchdrungen vom Gefühl der Dankbarkeit und Hochachtung hat Sr. Hochwohlgeboren dem k. k. Herrn Statthalterei-rath und Kreishauptmann Ritter Paulin v. Kosiński, Befehl des Ordens der eisernen Krone, das Ehrenbürgerrecht der Stadt Neu-Sandez erteilt.
Von k. k. Stadtmagistrate.
Neu-Sandez, 10. Jänner 1866.

L. 19561. Obwieszczenie. (48. 3)
C. k. Sad obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż pp. Anna i Antoni Giebutowscy

względem pośredniczenia w wydaniu obligacyj na in-demnizacyę dóbr Uście w sumie 4557 złr. 25 kr. pod dnem 17 grudnia 1865 do l. 19561 prosbę wniosli, wskutek czego c. k. Dyrekeye funduszy indemniza-cyjnych w Krakowie o nadanie rzeczonych indemniza-cyji celem zlozenia takowej w tutejszo-sądowym de-pozycie zawezwano.

Ponieważ pobyt stron interesowanych, mianowicie pp. Leona Stobieckiego, Lucyana Stobieckiego, Antoniego Willam, Teofli Stobieckiej, Władysława, Emilii, Alojzy, Julii, Ignacego i Jadwigi, tudzież Aleksandra, Juliana i Michaliny Stobieckich nie jest wiadomym, przeto przeznaczył tutejszy Sad dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo rzeczonych stron tutejszego p. adw. Dra. Grabczyńskiego z zastępstwem p. adw. Dra. Jarockiego na kuratora, z którym wniesiony spór według ustawy cyw. dla Galicyi przepisanej przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypomina się interesentom, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawali, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzieli, lub też innego obrońcę sobie obrali i tutej-szemu Sądowi oznajmili, ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użyli, inaczej z ich opóźnienia wy-nikające skutki sami sobie przypisaćby musieli.
Z Rady c. k. Sadu obwodowego.
Tarnów, 21 grudnia 1865.

3. 4356. Edict. (52. 2-3)
Vom k. k. Kreisgerichte zu Neu-Sandez wird bekannt gemacht: Zur Hereinbringung der laut Dom. V, pag. 243, n. 16 on. und pag. 248, n. 20 on. aus der größ-eren Summe von 3800 fl. C. M. zu Gunsten des Ben-jamin Reich ob der Realität Nr. 185 zu Neu-Sandez inabulirten Summe von 800 fl. C. M. oder 840 fl. ö. W. sammt 12 fl. 43 fr. und 33 fl. 35 fr. Executions-kosten, wird zu Gunsten der ausgewiesenen Rechtensmerin des Gläubigers Hr. Liebe Reich und zur Hereinbringung der laut Dom. V, pag. 249, n. 21 on. für Joseph Lax ob der dem Israel Busch laut Sappost 9 gehörenden Hälfte der Realität Nr. 185 zu Neu-Sandez inabulirten Forderung von 590 fl. C. M. oder 619 fl. 50 fr. ö. W. sammt 4 fl. 39 fr. C. M., 4 fl. 88 fr. ö. W., 11 fl. 67 fr. ö. W. und 50 fl. 66 fr. ö. W., über Ansuchen der Liebe Reich um Teilbietung und des Joseph Lax um Ausdehnung derselben (bewilligt am 11. October 1865 §. 4390) die executive Versteigerung der in der Kreis-stadt Neu-Sandez sub Nr. 185 liegenden, dem Israel und der Mündel Busch gehörenden, gerichtlich auf 9475 fl. 50 fr. ö. W. geschätzten, aus einem einstöckigen Hause bestehenden Realität in drei Terminen, als: am 22. Februar, 22. März und 19. April 1866, jedesmal um 10 Uhr Vormittags im freigerichtlichen Verhandlungssaale an den Meistbietenden unter nachstehenden Bedingungen veräu-ßert werden:

1. Die Licitation beginnt mit dem Ausrufe des Schät-zungswertes von 9475 fl. 50 fr. ö. W. und wird die Realität in den ausgeschrieben Terminen nur über, oder um diesen Werth veräußert.
2. Jeder Kauflustige hat vor Beginn der Licitation alsadium den Betrag von 947 fl. 50 fr. zu Händen der Licitations-Commission zu erlegen.

Den interessirten Parteien steht die Einsicht und Ab-schrift des Schätzungsactes und der Teilbietungsbedingun-gen ihrem ganzen Inhalte nach in der freigerichtlichen Registratur frei.
Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.
Neu-Sandez, 11. October 1865.

3. 4078. Edict. (60. 1-3)
Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte Oświęcim wird bekannt gemacht, daß der am 12. Mai 1865 §. 1337 über das sämtliche Vermögen des Jakob Brenner aus Klucznikowice bei Oświęcim ausgebrochene Concurs am heutigen Tage aufgehoben und für beendet erklärt wurde.
Oświęcim, 31. Dezember 1865.

L. 2416. Ogłoszenie. (47. 3)
Ze strony c. k. Urzędu powiatowego jako Sadu w Makowie czyni się wiadomo, że na żądanie c. k. Urzędu powiatowego jako Sadu w Myslenicach z dnia 19 sierpnia 1865 l. 1245 civ. do egzekucyjnej sprze-dazy Janowi Burliga w Budzowie należące realności n. k. 249 w Budzowie względem Janowi Jettel ze Stróży dłużnych 129 złr. a. w. z przynależnościami, termin na 2 lutego, 2 marca i 16 marca 1866, zawsze o 11 go-dzinie przed południem w Budzowie z tem nadmienieniem przeznaczają się, że przy trzecim terminie realność te pod wartości szacunkową sprzedane zostaną.
Licytacyjne warunki mogą być w każdym dniu po-dczas godzin urzędowych w tutejszym Sądzie lub na ter-minie w Budzowie przejrane.
C. k. Urząd powiatowy jako Sad.
Maków, dnia 2 grudnia 1865.

L. 6037. Edykt. (78 1-3)
Ze strony c. k. miejsko-deleg. Sadu powiato-wego w Tarnowie wzywa się na prosbę c. k. Pro-kuratoryi skarbowej krakowskiej imieniem kościoła

parafialnego w Chełmie wniesionej, wszystkich tych, w których rękę książeczka czyli karta wkładowa następujące data zawierająca: „Karta wkładowa Tarnowski kasy oszczędności na 8 złr. 73 kr. w. a. pag. 15 Tom. II. Nr. 885 dla kościoła para-fialnego w Chełmie — datum Tarnów dnia 4go Maja 1863“ znajdować się może z poleceniem, by takową w przeciągu sześciu miesięcy od dnia trzeciego umieszczenia edyktu w gazecie krakow-skiej licząc, okazali i to tem pewni, ile ze w ra-zie przeciwnym karta ta za pozbawioną wszelkiej mocy uważana, a wydawcy onęże do ż. d. nego wcale wywodu i odpowiedzi w tym przedmiocie obowiązana nie będzie.
Tarnów dnia 27. Grudnia 1865.

3. 2798. Edict. (79. 1-3)
Das k. k. Bezirksamt als Gericht zu Brzesko bringt anmit zur öffentlichen Kenntniß, daß in der Executions-fasse des Majer Tannenbaum wider Simon Kukla zur Her-einbringung der ewincirten Forderung pr. 26 Gulden sammt Zinsen 4%, vom 1. November 1860, ferner der Gerichts-kosten 2 Gulden 89 fr. und Executionskosten 1 Gulden 72 fr., 4 Gulden 65 fr., 3 Gulden 74 fr., 1 Gulden 95 fr., 3 Gulden 95 fr., dann 4 Gulden 62 fr. und 2 fl. 32 fr. die executive Teilbietung der dem Simon Kukla gehörigen, in Uszew unter C. Nr. 39 gelegenen Realität, bestehend aus Ackergrund, Wiesen und Wohnge-bäuden in zwei Terminen, und zwar am:
20. März und 24. April 1866, stets um 10 Uhr Vormittags im Gerichtsorte abgehalten, am ersten Termine nur um, dagegen am zweiten auch unter dem Schätzungspreise veräußert werde. Zum Aus-rufspreise wird der gerichtlich erhobene Schätzungswert pr. 830 Gulden festgesetzt. Die Kauflustigen werden vorgeladen.
Vom k. k. Bezirksamte als Gericht.
Brzesko, am 22. November 1865.

3. 6495. Edict. (71. 1-3)
Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte strafgerichtlicher Ab-theilung wird bekannt gemacht, daß bei demselben am 9. Dezember 1864 zwei Pferde und zwar ein weißes und ein Rothschimmel mit weißem Stern auf der Stirn — beide Balagen über zehn Jahre alt bis 11 Faust hoch — von gewöhnlicher Bauernrace — ferner ein ordinärer ungari-scher Wagen, welche aller Wahrscheinlichkeit nach vom Diebstahle herrühren um den Betrag von 46 fl. ö. W. öffentlich veräußert worden sind.
Es wird daher Jedermann, welcher auf diesen Licita-tionserlös einen Anspruch hat — aufgefordert, binnen 30 Jahren vom Tage der dritten Einschaltung dieses Edictes in die „Krafsauer Zeitung“, denselben im ordentlichen Ci-vil-Rechtswege gegen den Staatsschatz geltend zu machen.
Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.
Tarnow, den 30. December 1865.

N. 68023. Kundmachung. (72. 1-2)
Die k. k. Statthalterei hat mit Zustimmung des Lan-desauschusses die Direction der galizischen Creditanstalt im Sinne des §. 222 ihres Reglements ermächtigt, jene Zinsen, welche dieselbe im Grunde §. 178 dieses Regle-ments von den auf verpfändete Wertpapiere verauslohten Darlehen und bei Esconturionen mit 4% zu beziehen berechtigt ist, im laufenden Solarsjahre 1866 im erhöhe-ten Betrage von 6% zu beziehen.
Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.
Von der k. k. Statthalterei.
Lemberg, am 19. December 1865.

Obwieszczenie.
C. k. Namiestnictwo umocowało z przyzwoleniem Wydziału krajowego Dyrekeye galicyjskiego Instytutu kredytowego w myśl §. 222 jego regulaminu, ażeby owe procenta, które na mocy §. 178 tegoż regulaminu ma prawo pobie-rać od pożyczek wydawanych na zastawione papiery publiczne i przy eskontowaniach w wy-sokości 4%, pobierała w bieżącym roku słone-czynny 1866 w podwyższonej kwocie 6%.
Co się niniejszem podaje do wiadomości po-wszeczeńnej.
Z c. k. galic. Namiestnictwa.
Lwów dnia 19 grudnia 1865.

N. 12450. Concurs. (77. 1-3)
Zu besetzen die Postexpedientenstelle in Jezierzany gegen Dienstvertrag und Cautionserlag von 200 fl.
Jahresbestallung 100 fl. Amtspauschale 24 fl. jährlich, Botenpauschale für die Unterhaltung täglicher Botenfahrten zwischen Jezierzany und Borszczow 420 fl.
Bewerber haben ihre Gesuche unter Nachweisung nament-lich der Vermögensverhältnisse und des Besitzes eines zur Ausübung des Postdienstes geeigneten Locales längstens binnen vier Wochen bei der Post-Direction in Lemberg einzubringen.
Bei sonst gleichen Verhältnissen wird auf jene Bewer-ber reflectirt werden, welche die Stelle für ein geringeres als das oben angegebene Botenpauschale anzunehmen be-reit sind.
Von der k. k. galiz. Postdirection.
Lemberg, am 14. Jänner 1866.

Meteorologische Beobachtungen.

Zeit	Barom. Höhe auf 0° Reaum. red.	nach Reaumur Temperatur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Veränderung der Wärme im Laufe des Tages
21	332.54	+ 5.0	81	West still	heiter mit Wolken		+0.6
10	33.83	+ 2.4	88	West "	trüb		+5.2
22	34.01	+ 1.4	96	Süd-West "	"	Rebel	

Filiale der f. f. priv. österr. Pfandleih-Gesellschaft in Krafsau.
(Am Ringplaz Nr. 34 Gm. IV.)
Cassenscheine
werden in den Kategorien zu
fl. 100 — 500 — 1000
bei 10 Tagen Kündigung mit 5 Percent Verzinsung,
30 5/2
täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage ausgege-ben und bei Erlägen bis 12 Uhr Mittags vom Erlags-Tage, bei Erlägen nach 12 Uhr Mittags vom nächsten Werttage ausgestellt und verzinst.
Die Scheine bringen dem Privaten den Vortheil einer sicheren zinstragenden Anlage seines oft unbenützt ruhen-den Geldes — dem Kaufmanne und Industriellen eine stets gebotene kurzfristige Rimesse auf Wien.
(25. 5)

Wiener Börse-Bericht		
vom 20. Jänner.		
Öffentliche Schuld.		
A. Des Staates.		
	Geld	Ware
In Contr. B. zu 5% für 100 fl.	59.25	59.40
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. mit Zinsen vom Jänner — Juli	66.70	66.90

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge
vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres

Abgang

von **Krafsau** nach Wien 7 u. 10 M. Früh, 3 u. 30 M. Nachm.; — nach Breslau, nach Odrau und über Oderberg nach Preußen und nach Warichau 8 Uhr Vormittags; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Minuten Abends; — nach Wiletska 11 Uhr Vormittags, von **Wien** nach Krafsau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von **Odrau** nach Krafsau 11 Uhr Vormittags, von **Lemberg** nach Krafsau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

in **Krafsau** von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 21 Min. Abends; — von Warichau 9 Uhr 45 Min. Früh; — von Odrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Minut. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 11 Min. Früh, 2 Uhr 51 Min. Nachm.; — von Wiletska 6 Uhr 15 Min. Abends. — **Lemberg** von Krafsau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Min. in mitten Abends.